

den. Die Annahme des deutschnationalen Antrages, der innerhalb zwei Jahren eine Neuprüfung der deutschen Verpflichtungen fordert, wäre „politisch unklar“, denn die Bestimmungen des Londoner Vertrages seien „günstig“ (?) für uns. Deutschland habe ein lebendiges Interesse daran, mitzuwirken bei einer weltpolitischen Neuorientierung, die die Möglichkeit eines Nebeneinander gebe.

Der Minister wendet sich dann gegen die Kritik des Abg. Dr. Quast im einzelnen. Die Reichsbahn bliebe tatsächlich durchaus in deutscher Hand. Falsch sei es, daß am 10. Januar 1925 von der Entente geprüft werde, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Ebenso unzutreffend sei, daß die deutsche Delegation in London irgendwelche handelspolitischen Bindungen Frankreich gegenüber eingegangen sei. Der Weg von Versailles bis London habe eine starke Neberung in der Einstellung der Welt zu Deutschland gebracht. Wenn wir den Weg einer besseren Zukunft gehen wollen, dann dürfen wir uns nicht scheuen, den Boden des Londoner Vertrages zu betreten. (Beif. bei der Mehrheit.)

Reichsfinanzminister Dr. Luther stellt nochmals fest, daß wir selbstverständlich nur durch die Not gezwungen waren, das Abkommen zu akzeptieren. Die Kontrolle unserer Einnahmen sei am schwersten zu ertragen. Die Delegation habe sich in London demüht, die Kontrolle so gering wie möglich zu gestalten. Es komme nur ein Aufsichtsrecht des Kommissars in Frage, das auf Auskunftserteilung beschränkt sei. Die Durchführung des Gutachtens müßten sich alle kommenden Regierungen angelegen sein lassen. Die Verfügung über die deutsche Wirtschaft müsse aber stets der deutschen Regierung verbleiben.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) verliest für das Zentrum eine Erklärung, in der es heißt: Wenn durch eine Abklärung der Gutachten unsere Volk in eine neue Unsicherheit und in Zustände hineingelassen wird, so muß die Verantwortung denen zugeschrieben werden, die in falscher Einschätzung der inneren Lage und in politischer Verblendung uns den Weg versperrten.

Abg. Dr. Raas (D. Pkt.) verliest eine Erklärung der Deutschen Volkspartei, wonach diese den Anträgen der Deutschnationalen nicht zustimmen könnte, weil sonst neue Verhandlungen erforderlich wären. Die Volkspartei würde aber eine weitere Hinausschiebung der Fristen nicht verantworten können. (Beif.) Die Anträge der Deutschen Volkspartei seien eine Plattform, auf die sämtliche Parteien treten könnten.

Abg. Thümann (Kom.) fordert schleunigste Auflösung des Reichstages. Die Kommunistische Partei werde das Londoner Abkommen ablehnen. Die Hauptverantwortung trage die Sozialdemokratie. Für mehrfache Verleumdungen der Regierung wird der Redner zur Ordnung gerufen.

Abg. Graf v. Reventlow (Nat.-Soz.) greift den Reichspräsidenten an, der „ausnahmsweise seit zwei Jahren keine Industriearbeiterstreiks“ organisiert habe. (Unruhe bei den Soz.) Bizepräsident Dr. Bell rügt den Ausbruch. (Großer Lärm bei den Nationalsozialisten.) Der Redner verliest zum Schluß eine Erklärung, wonach seine Partei die Verpflichtungen des Dawesgutachtens nicht anerkenne. Die ausländischen Kommissare seien feindliche Eindringlinge, für deren Sicherheit keine Gewähr übernommen wird.

Abg. Schiffer (Dem.) verurteilt die Kritik des Vorredners. Das Londoner Abkommen verträge bei seiner weltgeschichtlichen Bedeutung eine parteipolitische Kritik nicht. Die Rentenmark sei der erste Akt der Stabilisierung gewesen, und die Annahme des Abkommens stelle den zweiten Akt dar.

Abg. Dr. Pfeleger (Bayr. Pkt.) stimmt dem Gutachten-gesetz mit Rücksicht auf die Lage in den besetzten Gebieten, insbesondere auch der Pfalz, zu. Die Zustimmung zum Reichsbahn-gesetz erfolge trotz lebhafter Bedenken.

Abg. Alpers (Wirtsch. Vereinig.) erklärt, wir ständen unter einem Zwange und müßten daher das Londoner Abkommen annehmen.

Abg. Kunze (Deutsch-Soz.) lehnt das Abkommen ab, weil es für die internationale Hochfinanz nur das Mittel bedeute, das deutsche Volk in ewige Finanznechtschaft zu führen.

Um 6 1/2 Uhr wird nach achtsündiger Beratung die allgemeine Aussprache geschlossen.

Bizepräsident Dr. Riecher gibt bekannt, daß der Wunsch geäußert worden ist, in die Einzelberatung jetzt nicht mehr einzutreten, da sich noch größere Debatten entwickeln könnten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) widerspricht und verlangt sofortige Vornahme der Einzelberatung. (Zuruf links: Die anderen wollen kein Ruhhandel gewinnen!)

Das Haus beschließt mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, in die Einzelberatung nicht mehr einzutreten. (Unruhe links.)

Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr.

Berlin, 28. August. Die Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, nachstehendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Artikel 1: Art. 21 erhält folgenden Absatz 2: Die Abgeordneten dürfen Aufsichtsratsstellen bei privaten Erwerbsgesellschaften nur dann bekleiden, wenn diese Tätigkeit mit ihrem bürgerlichen Beruf unmittelbar zusammenhängt. Im Streitfalle entscheidet der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Artikel 2: Art. 53 erhält folgenden Absatz 2: Der Reichsschatzkanzler und die Reichsminister dürfen ein anderes besoldetes Amt, einen Beruf oder ein Gewerbe nicht ausüben, sowie Aufsichtsratsstellen bei privaten Erwerbsgesellschaften nicht bekleiden.

Die Anleihe gefährdet.

Paris, 28. August. Der Präsident der amerikanischen National City Bank, Mitchell, hat dem „Journal“-Vertreter erklärt, er halte die Begebung der deutschen Anleihe für bedenklich, wenn die Zustimmung des Reichstages noch nicht vorliegt. Die Zustimmung des Reichstages sei fast die einzige Sicherheit der Anleihegelehrer. Eine deutsche Unterzeichnung in London ohne die parlamentarische Ermächtigung würde kaum die Ausgabe der Anleihe beschleunigen können.

London, 28. August. „Westminster Gazette“ nennt die Aussichten für die deutsche Anleihe gefährdet, wenn das Londoner Abkommen ohne Parlamentarermächtigung unterschrieben wird. Die englischen Bankiers würden in diesem Falle von der Anleihe nicht zurücktreten, ihre Übernahme aber bis zur Annahme der Dawesgesetze im Deutschen Reichstag zurückstellen.

Der Probst der Kommune.

Berlin, 28. August. Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt im Namen der 3 700 000 Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, die (angeblich) hinter ihr stehen, daß sie sämtliche auf dem Sachverständigen-gutachten beruhenden Gesetzentwürfe ablehnt. Sie macht das In- und Ausland darauf aufmerksam, daß die Abmachungen dieses Reichstages die R. P. D. nicht binden. Keine Regierung und kein Reichstag ist berechtigt, die werktätigen Massen Deutschlands an das internationale Finanzkapital zu verkaufen. Die kommunistische Partei macht das Ausland darauf aufmerksam, daß die R. P. D., falls sie irgendwie die Verantwortung für die Geschichte Deutschlands übernehmen sollte, die Dawesgesetze für null und nichtig ansehe, keinerlei sich daraus ergebende Verpflichtung anerkennen und keinen Pfennig auf Grund dieser Gesetze bezahlen wird.

London, 28. August. Der „Star“ übt Kritik an der Haltung der englischen Vergleute gegenüber dem Dawesplan und an dem Protest ihres Sekretärs, daß politische Erwägungen das Wirtschaftsleben in England nicht beeinträchtigen dürften. Das Blatt fährt aus, dies Gerücht über politische Erwägungen bedeute, daß die Vergleute, deren Führer Cool und Smillie so viel über die Befriedung Europas und die Vertreibung des Militarismus gesprochen hätten, bereit seien, die politische Regelung Europas zu verhindern, weil sie fürchteten, daß die Rohlenausfuhr dadurch leiden könne. Es würde eine wirkliche Tragödie sein, wenn Smillie und seine Freunde an der Seite der Diebards gefunden würden, die nicht wünschten, daß Deutschland auf die Weime komme. Es würde ein bitteres Ende all der Ströme von Resolutionen über internationalen Frieden und Solidarität sein, die von ihnen ausgegangen sind. Das Blatt rät dem Bergarbeiterverbande, seine Bedingungen und vor allem seinen Ton nochmals zu erwägen, bevor seine Vertreter mit dem Premierminister zusammentreffen.

Noch immer Zollkontrolle.

Berlin, 28. August. Die Solinger Industrie- und Handelskammer teilt mit, daß die Gerichte über Aufhebung der Zollkontrollen bei Aronberg und Bohwinkel falsch sind und daß im Gegenteil die Zoll- und Passkontrolle verschärft worden sei. Die an der Zollgrenze beschlagnahmten Waren werden unwiderruflich konfisziert, wenn der Eigentümer sich weigert, den von der Zollbehörde vorgeschlagenen Vergleich zu unterzeichnen.

Paris, 28. August. Nach einer Meldung aus Wiesbaden stand vor dem französischen Kriegsgericht der Prozeß gegen die deutschen Kommunisten zur Verhandlung. Der Prozeß wurde vertagt, da die Inkraftsetzung der Amnestiebestimmungen der Londoner Abmachungen bevorstehe. Die von der Verteidigung verlangte Freilassung der Angeklagten wurde vom Kriegsgericht abgelehnt.

Grüners Nachfolger.

Merseburg, 28. August. Die interalliierte Rheinlandkommission hat die preußische Staatsregierung wissen lassen, daß sie gegen die Verletzung des bisherigen Merseburger Regierungspräsidenten Bergmann (Soz.) als Regierungspräsident nach Düsseldorf keine Einwendungen erhebe. Bergmann nimmt die Stelle des Regierungspräsidenten Dr. Grüner ein, dessen Wiederkehr bekanntlich abgelehnt worden ist.

Nationalsozialisten und Reichstagspräsident.

Berlin, 28. August. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf das Verhalten des Präsidenten gelegentlich der gestrigen Vorfälle im Reichstage, die zur Verprügelung des Abg. Brodau geführt haben, und unter Hinweis auf die vom Präsidenten im Zusammenhang hiermit vorgenommene Maßregelung des Fraktionsvorsitzenden Abg. Gräfe dem Präsidenten ihr härtestes Mißtrauen ausspricht.

Abklärung nur gegenseitig.

London, 28. August. „Daily News“ zufolge nahm Macdonald gestern in einer Rede in Forres (Schottland) Bezug auf die Stellung Großbritanniens zur Abrüstungsfrage und sagte: „Wenn wir die Abrüstung fortsetzen sollen, können wir dies nicht allein tun. Sie muß auf Gegenseitigkeit beruhen und unter gemeinsamer Zustimmung erfolgen.“

Tannenbergsfeier in Königsberg.

Königsberg, 28. August. Zu Ehren des Generals Ludendorff veranstaltete der Völkisch-Soziale Freiheitsblock eine Festversammlung im Rahmen der Ostpreußen-Tannenbergsfeier. Als erster Redner gab Fortmeister Gieseler einen Rückblick über die Bedeutung der Schlacht von Tannenberg. Der Geist von Tannenberg müsse wieder lebendig werden. Es sei töricht, zu glauben, daß die Franzosen freiwillig vom Rhein weggehen würden. Um aus dem Elend herauszukommen, brauchen wir einen Führer, und dieser Führer sei da in der Person des anwesenden Generals Ludendorff. Stürmisch begrüßt betrat sodann General Ludendorff die Rednertribüne. Er führte u. a. aus: Durch die Schlacht bei Tannenberg und die Schlacht an den nassauischen Seen ist Ostpreußen nicht nur befreit worden, sondern durch diese Schlacht ist Ostpreußen dem preußischen Staate und Deutschland erhalten worden. Wenn die Schlacht verloren gegangen wäre, wäre nicht nur Westpreußen und Posen, sondern auch Ostpreußen für Deutschland verloren gewesen. Gerade das Hauptquartier der 8. Armee war sich der ungeheuren Verantwortung bewußt, und die damals gefaßten Entschlüsse waren von so ungeheurer Schwere, daß, als die Schlacht gewonnen war, uns die Kraft zur Freude fehlte. Der Redner gedachte insbesondere des entristen Memelgebietes. Nichts ist schmachvoller an dem Versailles-Frieden, als daß dieses Land, das Jahrhunderte lang zu Preußen gehörte, uns entristen ist. Um aus unserer jetzigen Verklavung und unserem Elend herauszukommen, gibt es nur einen Weg: den Zusammenschluß des gesamten Volkes zu einer Kampfgemeinschaft ohne Unterschied der Stände. Diese Kampfgemeinschaft zu bilden, müssen alle mitwirken, aber um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir erst einmal leben können. Die völkische Bewegung hat sich die Aufgabe gesetzt, nicht nur die feilschen, sondern auch die wirtschaftlichen Kräfte der Nation zu heben. Alles, was wir tun, und alles, was ich tue, dient nur allein dazu, das Volk zu dem kommenden Freiheitskampf zu befähigen. Das Ziel der völkischen Bewegung ist die Freiheit. Wir wollen ein freies deutsches Volk, ein freies, großes deutsches Vaterland, reich an Ehren, aber auch ein Hort des Friedens, wie es zu Bismarcks Zeiten war.

Die Goethe-Feier.

Weimar, 28. August. Die offizielle Feier von Goethes 175. Geburtstag begann um 12 Uhr mittags im großen Armbrustsaal. Der Präsident der Goethe-Gesellschaft, Professor Roethe-Berlin, entwarf in seinem Festvortrag ein umfassendes Bild der gewaltigen Persönlichkeit Goethes. Abends fand auf dem festlich geschmückten Frauenplan vor Goethes Wohnhaus eine Feier statt. Oberbürgermeister Dr. Müller feierte in kurzen Ausführungen die Bedeutung von Goethes Persönlichkeit für die Stadt Weimar. Ihm sei in erster Linie zu verdanken, daß Weimar ein Wallfahrtsort für alle Gebildeten nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt geworden sei. Mit dem Vortrag eines Festgedichtes und Liedervorträgen Goethescher Gedichte schloß die Feier.

Frankfurt a. M., 28. August. Das Freie Deutsche Hochstift hatte im Verein mit der Stadt Frankfurt heute die Bürgergesellschaft zu einer Feier des 175. Geburtstages Goethes in die Räume des Saalbaues geladen, nachdem schon am späten Nachmittag viele Tausende sich um das Goethe-Denkmal geschart hatten, um dort musikalischen und gesanglichen Darbietungen zu lauschen. Die Feier im Saalbau, die so stark besucht war, daß eine zweite am Montag folgen soll, wurde durch Orgelspiel eingeleitet und fand ihren Höhepunkt in einem Vortrage von Professor Dr. Korff (Gießen) über die Frage: Was bedeutet Goethe uns heute. Beatrice Suttier-Kottlar trug Suleikas Lieder in der Vertonung von Schubert vor, ein starker Chor aus Schülern und Schülerinnen höherer Anstalten Mohameds Gesang.

Polen enteignet schon wieder.

Berlin, 28. August. Die deutsch-polnische Verständigung über die Einstellung der Liquidierung deutscher Besetzungen in Polen ist nur von kurzer Dauer gewesen. Der „Polak Monitor“ veröffentlicht den Beschluß der Liquidationskommission in Posen nach Enteignung von 36 deutschen Besitzungen. Die beschlagnahmten Grundstücke sind bis 18. September von ihren deutschen Besitzern zu räumen.

Berlin, 28. August. Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über die Wiederinbetriebnahme des Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen Deutschland und Bolivien vom 22. Juli 1908 an.

Beuthen, 28. August. Heute abend wurde im Schützenhaus eine von der Deutschvölkischen Freiheitspartei einberufene Wahlerversammlung abgehalten, die von linksradikaler Seite gestört wurde. Die Auseinandersetzungen arteten schließlich in eine regelrechte Prügelei aus; Stöße, Tische und Stühle liefen auf die Köpfe der Gegner nieder, Revolverkugeln fielen. Alles stürzte über Tische und Stühle dem Saal zu. Alle Versuche, die Versammlung weiter tagen zu lassen, scheiterten an dem Widerstande des Saalwärters, der das Licht auslöschte ließ. Schutzpolizei schritt ein, räumte den Saal und zerstreute die auf der Straße angesammelte Menschenmenge.

Sofia, 28. August. Gegenüber den griechischen Meldungen wird hier erklärt, daß bei dem Dorf Kolarowo eine Abteilung griechischer Soldaten die Grenze überschritten und Schafe geraubt habe. Bei der Abwehr der bulgarischen Grenzposten sei ein griechischer Soldat auf bulgarischem Boden getötet worden. Der Leichnam sei unter Abgabe eines Protokolls den bulgarischen Behörden übergeben worden. Darauf sei eine gemischte Untersuchungskommission ernannt worden.

Neues aus aller Welt.

— **Automobilunglück.** Vor der Einfahrt in das Dorf Sollmus bei Karlsbad ereignete sich ein schweres Automobilunglück, bei dem der Direktor der Prager Eisenindustrie-Aktiengesellschaft Dr. Kasper und seine Gattin, die Schauspielerin Seblacova, schwer verwundet und der Chauffeur getötet wurden. Der Wagen fuhr gegen eine Telegraphenstange und wurde vollständig zertrümmert.

— **Falkbootunglück.** Bei Jena ist ein 24-jähriger Zollpraktikant, der mit seinem Falkboot das Galle-Wehr passieren wollte, tödlich verunglückt. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

— **Eifersuchtsdrama.** Aus Eifer sucht erschoss der Schlichter Enke in Berlin den Schlichter Kowchik in dessen Wohnung und verwundete durch Revolverkugeln seine dort weilende Ehefrau.

— **Die Verletzten der „Arabic“.** Die Zahl der auf dem Postdampfer „Arabic“ infolge eines Orkans Verwundeten beläuft sich auf 52 Personen, darunter 35 Passagiere. Sieben Verletzte wurden in das Hospital eingeliefert. Der gleichfalls der White-Star-Linie angehörende Dampfer „Homeric“ wurde ebenfalls durch einen Sturm beschädigt, desgleichen andere Schiffe.

Letzte Drahnachrichten

Vor der Abstimmung.

Berlin, 29. August. Die Abstimmungen im Reichstag über die Gutachten-gesetze finden aller Voraussicht nach erst heute nachmittag statt. Ueber die Haltung der Deutschnationalen ist nichts Sicheres zu erfahren. Von Mitgliedern der Fraktion wird erklärt, daß die Deutschnationalen auch nach der Unterredung mit Dr. Strossemann freie Hand behalten haben.

Berlin, 29. Aug. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien, der Reichsregierung und den Deutschnationalen dehnten sich bis in die späten Nachtkunden aus. Es handelte sich hauptsächlich um die Möglichkeit einer Einigung über das Eisenbahngesetz. Die Besprechungen wurden in strengster Vertraulichkeit geführt.

Berlin, 29. Aug. In den neuen Wicunüberhandlungen wird aller Voraussicht nach das letzte Wicunabkommen vom Juli bis zu dem Tage verlängert werden, an dem die Dawes-Gesetze in Kraft treten. Dieser neue Wicunvertrag wird unbefristet sein; doch ist es möglich, daß beide Parteien das Abkommen mit fünfjähriger Frist jederzeit kündigen können. Dem Gerücht, daß die deutsche Regierung dem Ruhrbergbau und der Ruhrindustrie angesichts der neuen Wicunverhandlungen Reichskredit zur Verfügung stellen werde, wird widersprochen.

Düsseldorf, 29. Aug. Bei den Vorbereitungen zum Abtransport des in Sterkrade stationierten belgischen Kampfgeschwaders entlud (?) sich die Wüste eines Unteroffiziers. Die Kugel drang dem 14-jährigen Walter Roms in den Kopf, der sofort tot zusammenbrach.

Rom, 29. Aug. Mussolini hat den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht empfangen.

5 Pfd.
1 Kilo
1 Dose
1 Pfd.-
1 Dose
4 Pfd.-
Schälchen
6 D.-R.
3 Weib.
3 Paar
3 Email-
Alum-
Damen
Berske
Dam.-S
Wachs
Kind.-S
Zefir-
Au-
Dan-
Dan-
Kun-
Spo-
Spo-